

BULLETIN N°75 - Juni 2021

Grußwort des Vorsitzenden

Sehr geehrte Mitglieder,

wir haben es geschafft: In diesem Jahr feiern wir das 20-jährige Bestehen des Vereins der ehemaligen Mitglieder.

Ein Dankeschön für die Mitwirkung und den Einsatz jedes einzelnen Mitglieds. Ein Dankeschön für den Einsatz unserer ehemaligen Vorsitzenden, ehemaligen und derzeitigen Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter. Ein Dankeschön für die erfolgreiche Zusammenarbeit mit unseren zahlreichen Partnern und ein Dankeschön an alle, die den Verein der ehemaligen Mitglieder zu dem gemacht haben, was er heute ist: ein eng verflochtener, multikultureller, vielfältiger und mehrsprachiger Verein, der unsere gemeinsamen Werte hochhält. Dazu gehören die Achtung der Menschenwürde, Freiheit und Demokratie ebenso wie Gleichbehandlung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Ich freue mich, Ihnen diese Sonderausgabe unseres Bulletins anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Vereins der ehemaligen Mitglieder präsentieren zu können. Wir werfen einen Blick zurück auf unsere Erfolge und blicken aufbauend darauf in die Zukunft. Der Präsident des Europäischen Parlaments und alle ehemaligen Vorsitzenden des Vereins der ehemaligen Mitglieder haben Artikel beigesteuert – auch dafür ein herzliches Dankeschön.

Über die Jahre haben wir gemeinsam daran gearbeitet, den politischen Dialog zu fördern – durch Treffen mit nationalen Parlamenten, jährliche Studienreisen und Rundtischgespräche zu verschiedenen politischen Themen. Wir haben gemeinsam den generationenübergreifenden Dialog gefördert und unsere Erfahrungen weitergegeben – etwa durch sage und schreibe 232 Teilnahmen am Programm „EP to Campus“, über das wir Tausende von Studierenden erreicht haben. Wir haben uns gemeinsam für die Demokratie starkgemacht – als ehrenamtliche Wahlbeobachter und durch die Unterstützung demokratiebildender Maßnahmen. Wir haben außerdem gemeinsam die Arbeit und den Einsatz ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments im Rahmen jährlicher Gedenkfeiern gewürdigt. Danken möchte ich an dieser Stelle allen ehemaligen Mitgliedern und Angehörigen, die dieses Jahr an unserer virtuellen Gedenkfeier teilgenommen haben. Wir haben gemeinsam den Verein der ehemaligen Mitglieder aufgebaut und gestärkt, und heute kann man die Früchte unserer gemeinsamen Arbeit sehen.

Diese Tätigkeiten und Erfolge sind nur ein paar Beispiele für unser vielfältiges gemeinsames Programm der letzten Jahre. Wir werden uns auch in Zukunft weiterentwickeln und engagieren, wie wir das zum Beispiel mit unseren aktuellen Projekten wie *Librorum* und der *Reflexionsgruppe des Vereins der ehemaligen Mitglieder zur Zukunft der Europäischen Union*

tun. Ich möchte Sie bitten, an den bevorstehenden Debatten im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas teilzunehmen und sie aufmerksam zu verfolgen: Tragen Sie zu den demokratischen Diskussionen bei und bringen Sie Ihre Ideen für die Zukunft Europas ein.

Nicht zuletzt möchte ich allen Mitgliedern danken, die an den erfolgreichen Veranstaltungen zur Feier unseres 20-jährigen Bestehens mitgewirkt und am 2. Juni an der Generalversammlung teilgenommen haben. Mit Ihren Stimmen wurde der neue Vorstand gewählt, der die Geschicke des Vereins im kommenden Jahr lenken wird. Den neu gewählten Vorstandsmitgliedern gratuliere ich herzlich, und ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Vor zwanzig Jahren erklärten wir es zu einem unserer Ziele, miteinander in Kontakt zu bleiben. Das werden wir auch in Zukunft tun. Unsere tiefe Verbundenheit hilft uns, diese Zeit der Ungewissheit zu überstehen. Auf die Freundschaften, die wir über Grenzen hinweg aufgebaut haben, können wir uns verlassen.

Passen Sie auf sich auf und bleiben Sie miteinander in Kontakt.

Ich wünsche dem Verein der ehemaligen Mitglieder alles Gute zum Geburtstag.

Hans-Gert Pöttering

Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Mitglieder (VEM)

Sonderausgabe

20-jähriges Bestehen des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments

Im Jahr 2019, als ich Präsident des Europäischen Parlaments wurde, vollzog sich in Europa gerade einer der größten demokratischen Prozesse in der Geschichte des Kontinents. In den damals 28 Mitgliedstaaten gingen mehr als 200 Millionen Menschen zur Wahl. Diese Bürgerinnen und Bürger hatten verstanden, dass ihre Stimme zählt und die im Europäischen Parlament getroffenen Entscheidungen erhebliche Auswirkungen auf ihr Leben und ihr Auskommen haben.

Seit 1979 ist unser Parlament direktes Bindeglied zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den Institutionen der EU. Die Wählerinnen und Wähler können selbst bestimmen, wer sie vertritt und wer über die Gesetze, die die Zukunft unseres Kontinents prägen, debattiert und abstimmt. Dies ist die Verantwortung, die wir mit unserem Mandat als Mitglieder dieses Hauses übernommen haben. In den letzten Jahrzehnten haben viele auf ein Auseinanderbrechen unserer Union gesetzt, was längst überwunden geglaubte Spaltungen und Konflikte nährte. Doch die Bürgerinnen und Bürger der Union haben gezeigt, dass sie

weiterhin an dieses außergewöhnliche Projekt glauben – das einzige, das Antworten auf die vor uns liegenden globalen Herausforderungen bietet.

Parlamente sind keine statischen Gebilde – sie wachsen und entwickeln sich wie lebende Organismen. Die Entscheidungen einer Wahlperiode bauen auf den Entscheidungen früherer Wahlperioden auf. Dies gilt ganz besonders für unser Parlament und seine Rolle, die es bei der Erzielung von Fortschritten beim europäischen Projekt spielt. Wie Robert Schuman einst erklärte, lässt sich Europa „nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Jedes Mitglied dieses Hauses hat zur Entstehung dieser Solidarität und damit zur Schaffung der Grundlagen, auf denen Europa aufgebaut werden kann, beigetragen.

Die Arbeit an Europa ist ein Prozess – ein laufender Prozess, der mit Auslaufen unseres Mandats nicht endet. Daher möchte ich Ihnen heute für Ihr Engagement, Ihre Leidenschaft und Ihren Einsatz – auch über das Ende Ihres Mandats hinaus – danken. Der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments spielt eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, den Menschen die Arbeit des Europäischen Parlaments und seine Errungenschaften näher zu bringen, aber auch aufzuzeigen, wo es noch Verbesserungsbedarf gibt. Ihre Arbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit politischen Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern kann zur Entstehung eines europäischen Demos beitragen. Gleichzeitig hilft die Arbeit, die Sie im Bereich Demokratieaufbau leisten, dabei, die Erfahrungen mit unserem einzigartigen Parlament in andere Teile der Welt zu tragen.

In den zwei Jahren seit Beginn meiner Amtszeit als Präsident hat sich die Welt drastisch verändert. Hunderttausende Europäerinnen und Europäer haben ihr Leben verloren, und wir alle erleben Einschränkungen unseres Alltags, die noch ein paar Monate zuvor undenkbar gewesen wären. Wir danken allen, die an vorderster Front arbeiten, um uns zu schützen, und die dafür sorgen, dass unsere Gesellschaften weiter funktionieren. Unser Dank gilt aber auch den europäischen Forschungsteams, die uns Hoffnung für das kommende Jahr geben.

Während der gesamten Krise hat das Europäische Parlament seinen Betrieb stets aufrechterhalten und konnte so weiterhin über die für den Wiederaufbau unseres Kontinents erforderlichen Maßnahmen abstimmen. Nun müssen wir alle – aktuelle und ehemalige Mitglieder – den Pioniergeist unserer Gründerväter wieder aufleben lassen – den Geist derer, denen es gelang, die Feindseligkeiten des Krieges zu überwinden und die vom Nationalismus hinterlassenen Wunden zu heilen. Während wir allmählich die schwerste Gesundheitskrise des Jahrhunderts hinter uns lassen, müssen wir zeigen, dass wir die für eine bessere Zukunft Europas nötigen Entscheidungen treffen können.

Ich danke Ihnen für die Arbeit, die Sie in den vergangenen zwanzig Jahren geleistet haben. Sie trägt dazu bei, unseren Gemeinschaftssinn zu stärken – dieses beständige Engagement, das nötig ist, um unsere Demokratien zu festigen und sie in die Lage zu versetzen, den Bedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger besser gerecht zu werden. Ich hoffe, dass diese Arbeit noch viele Jahre weitergeht.

David Maria Sassoli

Präsident des europäischen Parlaments

Wir sind ehemalige Mitglieder

Wie Sie sich vorstellen können, ist meine große Genugtuung darüber, dass wir gemeinsam den 20. Jahrestag unseres Vereins feiern können, durch das nicht minder große Bedauern darüber getrübt, dass mein Land kein Mitglied der Europäischen Union mehr ist. Aber das ist eine andere Geschichte. Heute möchte ich mich darauf eingehen, wie wichtig der Verein für das große europäische Projekt ist.

Das Europäische Parlament als direkt gewähltes Organ hat die europäische Bühne erst relativ spät betreten. Ihm kam die schwierige, aber ganz wesentliche Aufgabe zu, das offenkundige Demokratiedefizit abzubauen. Allein durch die bloße Existenz unseres Vereins wird der einzigartige Charakter unseres Beitrags zu dem Projekt bereits deutlich.

Der Unterschied zwischen Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Mitgliedern nationaler Parlamente besteht meiner Erfahrung nach darin, dass zwar beide ihre nationale und parteipolitische Identität in ihre jeweiligen Abgeordneten Häuser einbringen, die Mitglieder des Europäischen Parlaments jedoch im Rahmen ihrer alltäglichen Tätigkeiten quasi osmotisch ein erweitertes Bewusstsein ausbilden, das sie nicht nur daran denken lässt, was für ihre Wähler, ihr Land oder ihre Partei gut wäre, sondern auch daran, was für Europa gut wäre. Die Gründer unseres Vereins waren sich, unabhängig von ihren Differenzen im politischen Tagesgeschehen, über diese zusätzliche Dimension im Klaren.

Dieses Ethos muss bewahrt und gefördert werden, denn wir müssen erkennen, dass eine der großen Schwächen des gesamten Projekts bis heute darin besteht, dass die Unionsbürgerinnen und -bürger an der Basis sich nicht ausreichend mit den Unionsorganen identifizieren, obwohl diese ihren nationalen Organen gleichrangig sind. Hierfür steht das Vereinigte Königreich nun leider als warnendes Beispiel. Seit 1979 hat sich das Europäische Parlament schrittweise von einer weitgehend beratenden Versammlung zu einem vollwertigen Legislativorgan entwickelt – und unsere Mitglieder haben dabei eine äußerst bedeutsame Rolle gespielt. Diese verfassungsrechtliche Weiterentwicklung muss mit einer entsprechenden Weiterentwicklung in der öffentlichen Wahrnehmung einhergehen.

Dazu können unsere Mitglieder einen Beitrag leisten. Wir sind zwar „nur“ ehemalige Mitglieder, aber gemeinsam verfügen wir über einen riesigen Erfahrungsschatz, und viele von uns haben nach wie vor Zugang zu öffentlichen Plattformen, auf denen wir informieren, zu Debatten anregen und bestimmte politische Strategien fördern können. Unser parteipolitischer Hintergrund ist zwar ganz unterschiedlich, aber ich bin davon überzeugt, dass uns das Interesse eint, mit der europäischen Wählerschaft, den Unionsbürgerinnen und -bürgern, über die Themen zu diskutieren, die sie bewegen. Ich denke da an Themen, die in der Vergangenheit positiven Anklang gefunden haben – die Schaffung des Binnenmarktes, die Senkung der Flugpreise, die Verbesserung der Umweltstandards, die Förderung der Menschenrechte oder die Hilfe für Entwicklungsländer.

Das Europäische Parlament steht bei politischen Beobachtern zu Recht in dem Ruf, ein Vorreiter des Wandels der EU sein zu wollen. Kritiker werfen seinen Entscheidungsträgern häufig vor, „Träumer“ zu sein, die mit politischen Strategien und Standpunkten vorpreschen, die unrealistisch scheinen. Doch es ist eine Tatsache, dass zahlreiche Fortschritte in Europa in Vorschlägen des Europäischen Parlaments ihren Anfang nahmen oder erst durch unsere Unterstützung an Dynamik gewannen. Nur allzu oft wurde die Rolle des Parlaments in der öffentlichen Wahrnehmung nicht gewürdigt. Dennoch müssen wir gerade heute auch wieder ähnlich wegweisende Initiativen befördern. Dass das öffentliche Interesse derzeit auf die COVID-19-Krise gerichtet ist, lässt sich nur allzu leicht nachvollziehen. Mit Blick auf die Zukunft sollten wir aber gleichwohl unseren Einfluss für die Zeit nach der Pandemie geltend machen. Dabei sollte der Schwerpunkt auf dem EU-Rahmen liegen.

Wenn ich auf die letzten 20 Jahre zurückblicke, dann werde ich der Tatsache gewahr, dass wir das Privileg haben, einem Verein anzugehören, der uns die Möglichkeit bietet, über Nationalitäten und ideologische Gräben hinweg ein ganzes Netzwerk von Freundschaften zu knüpfen und sich auf vielfältige Weise kulturell bereichern zu lassen. Das allein ist schon ein Grund zu feiern.

Lord Henry Plumb

VEM-Ehrenpräsident

Ehemaliger Präsident des VEM und des Europäischen Parlaments

henry@theplumbs.org.uk

Erfahrung für die Zukunft

Der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments wird zwanzig Jahre alt. Das sind wenig Jahre in einer Union, die dreimal so alt ist, aber eine ausreichend lange Zeit, um einem Verein voller Tatkraft zu gratulieren und uns selbst zu einer sehr fruchtbringenden Idee zu beglückwünschen.

Der Verein hat eine Lücke geschlossen, die sehr bedauerlich gewesen wäre; er hat den Kontakt zwischen denjenigen aufrechterhalten, die früher einmal Vertreter der Europäer waren, das Wissen zu nutzen gewusst, das in diesen Jahren erworben wurde, und erreicht, dass dieses Wissen weiterhin dem Zusammenwachsen dieser einzigartigen Einrichtung dient, der wir unsere gemeinsamen Friedensbemühungen übertragen haben.

Ich danke Präsident Pöttering für seine Einladung, diese Zeilen zu schreiben, und möchte ihm zunächst meine herzlichsten Glückwünsche übermitteln; sie sind auch an uns alle gerichtet, die seit Lord Henry Plumb die Ehre hatten, der Vereinigung vorzusitzen, sowie an alle, die sie in diesen zwanzig Jahren geleitet haben. Ich glaube, wir können mit dem zufriedenen Gefühl zurückblicken, unseren Kollegen und Europa gedient zu haben.

Ein Blick zurück ist in Europa nur sinnvoll, wenn es auch um die Planung der Zukunft geht. Ich bin bereits sehr, sehr alt; seit ich Ende der Vierzigerjahre begann, von der Europäischen Union zu träumen, habe ich nichts anderes getan, als mir ihre Zukunft vorzustellen und sie so gut wie möglich zu gestalten. Jetzt erleben wir – wieder einmal – einen entscheidenden Moment im Vorfeld einer Konferenz zur Zukunft Europas; diese Zukunft muss geplant werden, auch wenn andere sie verwirklichen und darüber beschließen werden. Ich nutze die Gelegenheit, um meinen winzig kleinen Beitrag zu den Überlegungen zu leisten, die wir alle anstellen müssen. In Artikel 311 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, der am 13. Dezember 2007 in Lissabon angenommen wurde, heißt es wie folgt:

„Die Union stattet sich mit den erforderlichen Mitteln aus, um ihre Ziele erreichen und ihre Politik durchführen zu können. Der Haushalt wird unbeschadet der sonstigen Einnahmen vollständig aus Eigenmitteln finanziert.“

Der Vertrag sieht also eindeutig zwei Grundsätze vor:

- den Grundsatz der ausreichenden Finanzausstattung – sich mit den erforderlichen Finanzmitteln ausstatten, um ihre Aufgaben zu erfüllen – und
- den Grundsatz der Finanzautonomie – diese Mittel mit Eigenmitteln aufzubringen, nicht mit Mitteln, die andere Einrichtungen oder Entscheidungsebenen bereitstellen.

Das ist das Ideal. Die Geschichte der Finanzierung der Europäischen Union ist jedoch eine Geschichte voller Schwankungen und Richtungswechsel. Zur Erinnerung:

- Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl hat sich über ein System der Umlagen auf die Erzeugung finanziert, die direkt von der EGKS und nicht über die Mitgliedstaaten erhoben wurden, das heißt, aus Eigenmitteln.
- Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hingegen finanzierte sich zu Beginn aus Beiträgen der Mitgliedstaaten, im Jahr 1970 wurde jedoch die Finanzierung über Eigenmittel eingeführt: Zölle, Agrarabschöpfungen und ein jährlicher Anteil an der einheitlichen Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage.
- Ab der Finanziellen Vorausschau für die Jahre 1993–1999 kam eine vierte Einnahmequelle hinzu, die nichts Anderes ist als ein zusätzlicher Beitrag der Mitgliedstaaten und nun den Löwenanteil der Mittel ausmacht.

Nun, fast dreißig Jahre später und nach zahlreichen Initiativen zur Änderung dieser Situation hat die Europäische Union endlich einen gewaltigen Schritt nach vorn getan: Sie hat beschlossen, sich mit sehr umfangreichen Mitteln auszustatten, um sich von den Schäden der derzeitigen Pandemie zu erholen: nicht weniger als 750 Milliarden Euro gemeinsame Schulden, die in den nächsten Jahren zurückgezahlt werden müssen. Das heißt, es müssen Eigenmittel eingeführt werden, um diese enorme und unerwartete Solidaritätsmaßnahme zu finanzieren. Kohl sagte, dass Wesen der Union sei die Solidarität, und das, was wir gerade tun, ist, in der schwierigsten Zeit eine gewaltige Dosis an Solidarität zu spritzen.

Die Konferenz zur Zukunft Europas wird diese neue Solidarität in konkrete Vorhaben umsetzen müssen. Einige davon können wir uns jetzt schon vorstellen, andere werden sich im Laufe der Zeit herauskristallisieren. Die Wirtschaftsunion wird zweifellos mit einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, die den Euro ergänzt, vollendet werden müssen; dabei müssen die Verträge, die geschlossen wurden, in einen einzigen integriert und die historische Zäsur zwischen Ost- und Westeuropa überwunden werden. Die Integration der Balkanstaaten sowie Islands und Norwegens muss ebenfalls abgeschlossen werden, dem Vereinigten Königreich muss die Tür für eine Rückkehr offen stehen, wenn es feststellt, wie schlecht es sich außerhalb der Union lebt. Natürlich ohne Privilegien oder „Britenschecks“.

In einer zunehmend globalisierten Welt muss unsere Außen- und Sicherheitspolitik immer eigenständiger werden und eine stärker gemeinsame Politik sein, das heißt:

- eine strategische Autonomie und eine Neujustierung der NATO,
- eine dynamische Nachbarschaftspolitik im östlichen und südlichen Mittelmeerraum,
- Fortsetzung der Förderung von Demokratisierung und Integration in Lateinamerika, Afrika und im Karibikraum,
- gute Handelsbeziehungen zu Russland und China,
- Unterstützung multilateraler Beziehungen.

Vor uns liegen der Grüne Deal und die Umwandlung unserer Wirtschaft in eine digitale Wirtschaft. Wenn wir wollen, dass unser Modell der sozialen Marktwirtschaft überlebt, das ich für das gerechteste der bestehenden Modelle halte, müssen sich unsere politischen Kräfte

ernsthaft mit den Fragen befassen, wie das Einkommen in der Union verteilt wird, damit diese Verteilung gerechter und ausgeglichener wird, und wie wir die Zukunft unserer Renten sichern können. Mit anderen Worten: Die Zukunft unserer Union wird enorme Anstrengungen erfordern. Wir haben Gott sei Dank einen großen Schritt gemacht, aber es ist der erste Schritt auf einem langen Weg.

José María Gil-Robles Gil-Delgado

Ehemaliger Präsident des VEM und des Europäischen Parlaments

josemaria@gilrobles.es

Das Verein der ehemaligen Mitglieder des europäischen Parlaments wird 20

In meiner Amtszeit als Vorsitzender des Vereins der ehemaligen Mitglieder durfte ich vier Studienreisen leiten, die voller interessanter Inhalte und von faszinierender Vielfalt geprägt waren. Sie führten uns nach Island, Russland, in die Türkei und nach Tunesien. Die Programme waren in erster Linie auf Politik und Wirtschaft ausgerichtet, doch am stärksten in Erinnerung geblieben sind mir andere Erfahrungen.

Im Oktober 2010 war die isländische Währung stark abgewertet und reguliert. Die Wirtschaft befand sich angesichts einer massiven Bankenkrise, die zwar hausgemacht, aber von der Finanzkrise weltweit nicht abgekoppelt war, im Schockzustand. Die Nachwehen der sogenannten Töpfe-und-Pfannen-Revolution, die die Regierung ein Jahr zuvor zu Fall gebracht hatte, waren noch zu spüren. Die später abgebrochenen Verhandlungen über den EU-Beitritt waren gerade aufgenommen worden.

Am stärksten in Erinnerung geblieben ist mir die wundervolle Natur, die immerwährende geologische Aktivität, das Badevergnügen in Thermalquellen – einmal sogar in einer abgeschiedenen Landschaft, in der man sich eher auf dem Mond als auf der Erde wähnte. Schöne Erinnerungen habe ich auch an den Besuch des „Arctic Institute“ in Akureyri. Dort eröffnete man uns neue Perspektiven: Auf einer auf Island zentrierten Weltkarte lag der Großteil des restlichen Europas gerade noch über dem südlichen Horizont.

Ende September 2011 reisten wir dann nach Russland, wo wir im wunderschönen Moskauer Hotel Metropol unweit des Kreml unterkamen. Das Frühstück wurde – untermalt von dezentem Harfenspiel – unter einer beeindruckenden Glaskuppel serviert. Da die Stadt damals in Verkehrsstaus zu ersticken drohte, mussten wir auf unseren Charterbus verzichten, um das wie üblich dichte Programm absolvieren und alle geplanten Einrichtungen, politischen Gesprächspartner und Kulturveranstaltungen besuchen zu können. Die Wahl zum Unterhaus des russischen Parlaments, der Duma, stand in zwei Monaten an, und Putin, der damals Ministerpräsident war, um die verfassungsrechtlich vorgeschriebene Pause vom Präsidentenamt einzulegen, wollte in seinem politischen Tandem mit Präsident Medwedew

wieder die Führung übernehmen. Mit dem Leiter der Zentralen Wahlkommission führten wir besonders intensive Gespräche. Er strahlte die Gewissheit aus, die gelenkten Demokratien zu eigen ist.

Doch auch in diesem Fall erinnere ich mich vor allem an andere Dinge, etwa an das Ballettheater in der zu Zeiten der Sowjetunion für viele Jahre geschlossenen Stadt Perm. Dutzende junge Tänzerinnen und Tänzer wurden bei ihrem Auftritt von ihren stolzen Familien bejubelt, was eher an ein Fußballspiel denn an eine Ballettaufführung erinnerte. Dies alles verströmte Wärme und Freude und vermittelte einen Eindruck davon, wie Russland wirklich ist. Beim Besuch von „Perm 36“, einem Museum zum Gedenken an die politische Repression, herrschte eine ernstere Stimmung. Das Gelände war ein ehemaliger Gulag, 120 Meilen von Perm entfernt, abgeschieden in einer weitläufigen bewaldeten Wildnis. Seither haben sich die Zeiten geändert: Diese Gedenkstätte ist inzwischen geschlossen.

Im Oktober 2012 ging es für uns nach Ankara, wo wir zunächst der Tradition entsprechend am Mausoleum des türkischen Republikgründers Mustafa Kemal Atatürk einen Kranz niederlegten. Das Museum für anatolische Zivilisationen führte uns anhand von Kunst, Geschichte und Legenden vor Augen, wie viel wir gemeinsam haben. Die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und der Türkei verliefen zwar damals auch nicht ohne Kontroversen, aber dennoch waren sie in einem viel besseren Zustand als es das überaus angespannte Verhältnis heute ist. Wir besuchten die Stadt İznik (historisch als Nicäa bekannt), in der im Jahr 325 das erste ökumenische Konzil des Christentums stattfand. Dort erhielten wir einen Einblick in die reichhaltige Tradition der Herstellung exquisiter Fliesen. Istanbul wiederum verzauberte uns mit seinen prachtvollen Moscheen, atemberaubenden osmanischen Palästen und farbenfrohen Basaren. All das zeugt von einer Zivilisation und Kultur, die in Europa geschätzt werden, ein Umstand, der jedoch in den bilateralen politischen Gesprächen mit diesem Land, das sich zwar in vielem von uns unterscheidet, aber tiefen Stolz auf dieses Erbe empfindet, nicht immer deutlich wird.

Die letzte Reise, die ich mit dem VEM unternehmen durfte, führte uns im Oktober 2013 nach Tunesien. Zunächst besichtigten wir die Ruinen von Karthago und die dazugehörigen Relikte aus der Römerzeit, die uns vor Augen führten, dass selbst der größte Glanz mit der Zeit verblasen kann. Das Nationalmuseum von Bardo in Tunis ist eines der bedeutendsten Museen der Welt und beherbergt die wohl besterhaltene Sammlung römischer Mosaiken. Bedauerlicherweise wurde es 18 Monate nach unserem Besuch zum Ziel eines tödlichen Terroranschlags. 2010 legte ein einfacher tunesischer Verkäufer den Grundstein für die Proteste, die später als „Arabischer Frühling“ bekannt wurden. In den meisten Ländern wurden sie durch Autokratie, Bürgerkrieg und Unterdrückung niedergeschlagen – nicht so jedoch in dem Land, in dem sie ihren Ausgang nahmen. Es machte Mut, dass in all unseren Gesprächen die Entschlossenheit zu sehen und zu spüren war, eine neue pluralistische Verfassung einzuführen. Angenommen wurde sie schließlich Anfang 2014. Somit ist sie ein

starkes und vielversprechendes Erbe des ansonsten im Sand verlaufenen Arabischen Frühlings.

Pat Cox

Ehemaliger Präsident des VEM und des Europäischen Parlaments

pat@patcox.eu

Das Europäische Parlament, Schule der Demokratie

„Herzlich willkommen in der Schule der europäischen Demokratie“, so lautete mein Gruß als Europaabgeordneter an die Besucher im Europäischen Parlament. Eine Schule des Zusammenlebens und der Arbeit für Kollegen, die sich beim Aufbau einer gemeinsamen Zukunft auf der Grundlage gemeinsamer Werte im Alltag mal Freund mal Feind waren. Später bedeutet die Mitgliedschaft im VEM nicht nur, dass wir Mitglieder eines Clubs von Emeritierten sind, sondern auch dass wir unsere Informations- und Bildungsarbeit in Universitäten, Schulen und Foren fortsetzen können.

Dies reiht sich in die Verteidigung und Förderung des besten, in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Multilateralismus ein, der zugleich eine verfassungsrechtliche Verpflichtung gemäß Artikel 3 des Vertrags von Lissabon darstellt. „Die EU als Friedensstifterin“ lautete der ausdrucksstarke Titel meines Vortrags an der Friedensuniversität der Vereinten Nationen in Costa Rica (www.UPeace.org).

Der Kampf für die Demokratie in Spanien und für das europäische Aufbauwerk erwies sich seit meinem Studienantritt im Jahr 1960 als Richtschnur für mein politisches Handeln. Weitere einschneidende Erlebnisse waren der Kongress der europäischen Bewegung in München, dem ersten Treffen zwischen der spanischen Opposition im In- und Ausland nach dem Bürgerkrieg, und der Birkelbach-Bericht des Europäischen Parlaments von 1964, in dem gefordert wurde, dass eine demokratische Staatsform als Voraussetzung für einen Beitritt zur EWG gilt. Obschon diese Bedingung erst im Vertrag von Lissabon ausdrücklich festgelegt wurde, wussten wir, dass dies die Grundsätze, Werte und Ziele sind, die unser gemeinsames Unterfangen von Beginn an leiteten. Aus diesem Grund werden das Programm „EP to Campus“ und insbesondere das mit dem Europäischen Hochschulinstitut (EHI) in Florenz durchgeführte Programm von unseren Mitgliedern so positiv aufgenommen und erfahren eine überaus große Nachfrage an Universitäten und Denkfabriken weltweit. Im Zeitalter der Globalisierung werden gerade die Erfahrung mit und die Entwicklung von Technologien für den Frieden mithilfe einer stufenweisen Zusammenarbeit zwischen ehemals verfeindeten Nationen geschätzt.

Den Beziehungen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten kommt ein besonderer Stellenwert zu. Die wichtigsten bilateralen und multilateralen Beziehungen in der

Nachkriegswelt erreichten nach dem Ende des Kalten Krieges und der Überführung der EG in die EU eine neue Ebene. Dies habe ich als Präsident des Europäischen Parlaments in Brüssel und Washington und später als regelmäßiger Besucher des US-Kongresses sowie von Universitäten, Denkfabriken und Instituten landesweit erlebt. Die jüngste Erfahrung der Trump-Präsidentschaft, in der der Wert dieser Beziehungen und die Existenz der EU in einer stärker multipolaren und weniger multilateralen Welt selbst infrage gestellt wurde, hatte immerhin den Sinn, uns dazu zu zwingen, unsere Beziehungen zu überdenken, was auch für die Relevanz des UN-Systems selbst zutrifft. Auf diesem Gebiet müssen die Debatte und Zusammenarbeit auf Hochschulebene einer wichtigen Verantwortung gerecht werden. Die ersten Beschlüsse der Biden-Administration, sich erneut zur WTO, zur WHO und zum Kampf gegen den Klimawandel zu bekennen, sind ein Paradigmenwechsel, der es uns ermöglicht, unsere Beziehungen in einem neuen Kontext zu aktualisieren.

Die Ausrichtung auf den Pazifikraum ist nicht zu leugnen, doch bedeutet dies nicht, dass die transatlantischen Beziehungen an Wert verlieren. Im Rahmen dieser Beziehungen stellen auch Iberoamerika und Afrika zwei wichtige Komponenten dar, die wir uns stets vor Augen halten müssen, zumal nicht nur die historischen, sondern auch die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen bedeutsam sind. Unser wichtigster Beitrag für die noble europäische Sache besteht darin, uns weiterhin dafür einzusetzen und sie überall dort zu erklären, wo dies gewünscht wird. An Arbeitsbereitschaft und Enthusiasmus fehlt es uns nicht.

Enrique Barón Crespo

Ehemaliger Präsident des VEM und des Europäischen Parlaments
enriquebaronfundacion@gmail.com

Eine fruchtbare Zusammenarbeit

Der Zusammenarbeit mit dem Europäischen Hochschulinstitut (EHI) ging mein 2015 vom Vorstand des VEM gebilligter Vorschlag und entsprechende Vorarbeiten der Mitarbeiter voraus, denen ich an dieser Stelle danken möchte.

Seither beschäftige ich mich ständig mit den komplexen Beziehungen zum EHI, die mit einer Reihe von Treffen und einem Briefwechsel zwischen den damaligen Präsidenten Enrique Barón Crespo und Joseph Weiler begonnen haben und die nun mit den jeweiligen Präsidenten Hans-Gert Pöttering und Renaud Dehousse fortgesetzt werden.

Trotz der großen Bereitschaft zur Zusammenarbeit war es jedoch nicht einfach, eine für beide Seiten vorteilhafte Partnerschaft aufzubauen, wenn man die vielschichtige Struktur der Universität und das profunde Fachwissen unserer Mitglieder in den verschiedensten Bereichen bedenkt.

Es fanden zahlreiche operative Treffen statt, um die Teilnahme an Programmen, Rundtischgesprächen, Seminaren und Debatten über die Zukunft der Europäischen Union mit den Verantwortlichen des Instituts festzulegen mit Botschafter Vincenzo Schioppa Narrante, Botschafter Vincenzo Grassi, Miguel Maduro, Dieter Schlenker, Brigid Laffan, Alfredo De Feo, Stephan Albrechtskirchinger und Marco Incerti, und in der Zeit stattete auch unsere Sekretärin Brigitte Langenhagen dem Institut einen Besuch ab.

In der Folge wurden Partnerschaften mit vier Einrichtungen ins Leben gerufen: mit dem Historischen Archiv der Europäischen Union (HAEU), dem Robert-Schuman-Zentrum für Höhere Studien (RSCAS); der Konferenz zur Lage der Europäischen Union und der Fakultät für europäische und transnationale Governance.

Im Jahr 2016 begann eine fruchtbare Zusammenarbeit mit dem HAEU, sowohl in Bezug auf die Aufbewahrung als auch die Nutzung von Archivmaterial, wie z. B. das mündliche Geschichtsprojekt „Collecting Memories: The European Parliament 1979-2019“, sowie die Teilnahme an Bildungsprojekten, die im Rahmen des Programms „Le Chiavi della Città“ (Die Schlüssel der Stadt) in Florenz durchgeführt wurden.

Es war eine einzigartige Erfahrung, in der prestigeträchtigen Villa Salviati das rege Interesse und die Begeisterung der Sekundarschüler miterleben zu dürfen, die die Arbeit fiktiver parlamentarischer Ausschüsse simuliert haben und sich über die EU-Organe, die Verträge, aktuelle Themen und die Unionsbürgerschaft informieren wollten. Die 30 Sitzungen, an denen die Mitglieder Luciana Castellina, Jean-Paul Denant, Barbara Dührkop, Riccardo Garosci, Vitaliano Gemelli, Michela Giuffrida, Gyula Hegui, Gisela Kallenbach, Andrea Manzella, Cristiana Muscardini, Niccolò Rinaldi, Oreste Rossi, Riccardo Ventre und Graham Watson gemeinsam mit mir teilgenommen haben, fanden besonders großen Anklang.

Die gemeinsamen Veranstaltungen mit dem HAEU zum „40. Jahrestag der Direktwahl zum Europäischen Parlament“ waren ebenfalls ein großer Erfolg: im November 2018 in Florenz die Konferenz, an der die ehemaligen Präsidenten des Europarlaments Enrique Barón Crespo, Pat Cox und Klaus Hänsch sowie 20 unserer Mitglieder teilnahmen, gefolgt von der Ausstellung der bedeutenden Statue von Folon im Palazzo Vecchio sowie zwei Konferenzen im Jahr 2019 in Brüssel (im April in der Bibliothek des Europäischen Parlaments und im November im Haus der Europäischen Geschichte).

Im Jahr 2019 fand in Florenz die interessante Konferenz „Die Frauen des Europäischen Parlaments“ statt, die vom HAEU zusammen mit „Villa Finally – La Sorbonne“ organisiert wurde, wobei Luciana Castellina über Simone Veil und ich über Nicole Fontaine Auskunft gaben. Gleiches gilt für das Seminar „The MFF and EU Policies 2021-2027: The EU towards 2030“, veranstaltet vom RSCAS, an dem ich gemeinsam mit Reimer Boege, Elmar Brok, Ivalo Kalfin und Alain Lamassoure teilnahm. Unsere Teilnahme an der Konferenz „Die Lage der

Union“ wurde durch die inspirierenden Redebeiträge der Präsidenten Pöttering und Barón Crespo ergänzt.

Ich möchte an dieser Stelle Präsident Dehousse, der diese Zusammenarbeit mit besonderer Aufmerksamkeit und großem Einsatz entwickelt hat, und insbesondere Herrn Direktor Schlenker, der mit großer Vorausschau, Effizienz und Professionalität sogleich eine Reihe erfolgreicher Treffen und Initiativen geplant hat, herzlich danken. Ich danke dem EHI für diese fruchtbare Zusammenarbeit mit dem VEM, die wir auch in den kommenden Jahren fortsetzen möchten.

Monica Baldi

Vizepräsidentin des VEM

EPP, Italien (1994-1999)

baldi.monica@email.it

Mit vereinten Kräften Europa analysieren und erklären

Die Diskussionen um die Einrichtung einer europäischen Hochschule reichen zurück bis zum Haager Europa-Kongress im Jahr 1948. Konkrete Vorschläge für das Projekt wurden dann 1955 im Rahmen der Konferenz von Messina auf den Weg gebracht. Damals maß man der Zusammenarbeit im Bereich der Atomenergie, die als Energie der Zukunft galt, besondere Bedeutung bei. Es wurde sogar ein Verweis auf die Gründung einer „Anstalt im Range einer Universität“ in den Euratom-Vertrag aufgenommen. Allerdings erwies sich der Aufbau Europas als ein holpriger Weg. De Gaulles Rückkehr an die Macht veränderte den Fortschritt des Projekts erheblich, und etwa fünfzehn Jahre später brachte das Übereinkommen von Florenz im Jahr 1972 ein „Europäisches Hochschulinstitut“ hervor. Dem Institut wurde die umfassende Aufgabe übertragen, „durch sein Wirken auf dem Gebiet des Hochschulunterrichts und der Forschung zur Entwicklung des kulturellen und wissenschaftlichen Erbes Europas – in seiner Einheit und Mannigfaltigkeit – beizutragen“.

Dies erfordert Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen. In den Sozial- und Geisteswissenschaften, die dem EHI als Aufgabengebiet zugewiesen wurden, gibt es oft große Diskrepanzen zwischen den nationalen Ansätzen, und es wurde als notwendig angesehen, die Ausbildung neuer Generationen von jungen Wissenschaftlern so zu gestalten, dass diese eine kritische Distanz zu den nationalen Denkrichtungen wahren können. Es erschien ebenfalls wichtig, Forschung zu allen möglichen politischen Fragen, die für Europa von Bedeutung sind (ein viel umfassenderer Aufgabenbereich als die Untersuchung der europäischen Integration allein), zu entwickeln. Und nach und nach entstand die Idee, dass die am Institut entwickelte Forschung eine breite Palette von Ausbildungsprogrammen anregen könnte, die sich an

Fachleute oder, einfacher gesagt, an Personen, die eine Karriere in öffentlichen Angelegenheiten anstreben, richtet.

Bei all diesen Aufgaben ist die Fähigkeit, anerkannte Experten zu mobilisieren, ein grundlegendes Gut. Experten leisten einen unschätzbaren Beitrag zu unseren Bemühungen, die heutige Welt zu verstehen, und sie sind unverzichtbare Verbündete in der Öffentlichkeitsarbeit, die von allen Universitäten erwartet wird. Dies hat uns veranlasst, Partnerschaftsabkommen mit den wichtigsten europäischen Institutionen zu schließen. Aber auch die Zusammenarbeit mit ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments hat sich stetig weiterentwickelt. Sie sind regelmäßige Teilnehmer an den Seminaren und Arbeitsgruppen, die vom Robert-Schuman-Zentrum und der School of Transnational Governance organisiert werden. Dank der Partnerschaft zwischen dem Verein der ehemaligen Mitglieder und dem Historischen Archiv der Europäischen Union teilen sie ihre Erfahrungen mit Gymnasiasten. In großer Zahl haben sie an dem vom Archiv ins Leben gerufenen Projekt zur „mündlichen Überlieferung der Geschichte“ mitgewirkt. Darüber hinaus wurden in Brüssel und Florenz zahlreiche Seminare zu Fragen von gemeinsamem Interesse veranstaltet.

Das Europäische Aufbauwerk ist nicht nur das Ergebnis von Entscheidungen mit historischer Tragweite, sondern auch von unzähligen, bescheideneren Formen der Zusammenarbeit zwischen Fachleuten aus verschiedenen Sektoren, die ihre Ansichten zu Themen aus ihren Wissensgebieten austauschen. Für uns war die Partnerschaft mit dem Verein der ehemaligen Mitglieder wesentlich. Sie war reich an Initiativen, die uns bei der Erfüllung der originären Aufgaben des EHI, nachhaltig unterstützt haben.

Im Namen des Instituts möchte ich meine tiefe Dankbarkeit für die fruchtbare Zusammenarbeit mit Ihnen zum Ausdruck bringen, verbunden mit der Hoffnung, dass unsere Partnerschaft auch in den kommenden Jahren gedeihen wird.

Renaud Dehousse

Präsident des EHI

Eine aktive Partnerschaft für Europa – Der VEM und das Historische Archiv der Europäischen Union

Zu dem besonderen Anlass des Jahrestags des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) möchte ich Ihnen herzlich zu dieser bemerkenswerten Reise gratulieren. Angesichts unserer erfolgreichen Zusammenarbeit und Partnerschaft in den letzten Jahren war es mir eine große Ehre und Freude, zu diesem besonderen Newsletter beizutragen.

Im Historischen Archiv der Europäischen Union (HAEU) sind die historischen Aufzeichnungen der Organe der EU archiviert. Seit 1984 sind im HAEU die Archive der EU-Organe neben zahlreichen privaten Unterlagen von Einzelpersonen, Bewegungen und Fraktionen untergebracht und werden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Das HAEU fördert die Forschung zur Geschichte der EU, das öffentliche Interesse am europäischen Aufbauwerk und die Transparenz der Funktionsweise der EU-Organe.

Bei der Übermittlung der Aufgabe der EU, die in dem schriftlichen archivierten Gedächtnis zum Ausdruck kommt, an die Bürgerinnen und Bürger Europas spielt der VEM eine zentrale Rolle. Die Zusammenarbeit mit dem VEM begann mit dem Bildungsprogramm des HAEU im Jahr 2016. Seither wurden mehr als 30 Treffen in der Villa Salviati, dem Sitz des Archivs, organisiert. Dabei gaben die Mitglieder des VEM ihr Wissen über die europäische Politik an über 600 Schülerinnen und Schüler von Sekundarschulen aus der Gegend von Florenz weiter. 17 Mitglieder des VEM aus Italien und anderen EU-Mitgliedstaaten waren aktiv an diesen regelmäßigen Veranstaltungen beteiligt, die das Verständnis und die Kenntnisse der Schüler und Lehrkräfte in Bezug auf die Geschichte und das schriftliche Gedächtnis des europäischen Aufbauwerks sowie auf einschlägige politische Maßnahmen der EU in den Bereichen Bürgerschaft, Klimawandel, Brexit, Migration und freier Personenverkehr in Europa verbessern. 2017 wurde ein Sonderprojekt ins Leben gerufen: Anlässlich des 60. Jahrestags der Römischen Verträge entwarfen Schülerinnen und Schüler einen neuen „Vertrag für Europa“.

Neben der Zusammenarbeit beim Bildungsprogramm war der VEM auch ein wichtiger Partner, was die Organisation einer Reihe von Veranstaltungen anlässlich des 40. Jahrestags der Direktwahl zum Europäischen Parlament angeht. Mehr als 20 Mitglieder des VEM, etwa die ehemaligen Präsidenten des EP Enrique Barón Crespo, Pat Cox und Klaus Hänsch, nahmen am 22. und 23. November 2018 an der Konferenz zum Thema „40 Jahre Direktwahlen zum Europäischen Parlament“ am EHI teil. Am Internationalen Frauentag 2019 wurde ein Workshop zum Thema „Frauen im Europäischen Parlament“ organisiert. Zwei Initiativen folgten in Brüssel: erstens ein politischer Runder Tisch zum Thema „40 Jahre Wahlen“ am 3. April 2019 in der Bibliothek des EP, zweitens am 29. November 2019 eine Konferenz im Haus der Europäischen Geschichte zum Thema „History of the European Parliament: Research

Projects, Sources and Historical Memory 1979-2019“ (Geschichte des Europäischen Parlaments: Forschungsprojekte, Quellen und historisches Gedächtnis 1979–2019), die gemeinsam mit dem Verein der Freunde des HAEU organisiert wurde.

Bei der jüngsten Zusammenarbeit ging es um die Sammlung von Beiträgen ehemaliger MdEP für das mündliche Geschichtsprojekt „Collecting Memories: The European Parliament 1979-2019“ (Erinnerungen sammeln: das Europäische Parlament 1979–2019), das von einem Team aus ehemaligen Beamten des EP koordiniert wurde und im Forschungszentrum Alcide De Gasperi am EHI stattfand. Im Rahmen dieses ehrgeizigen Projekts wurden mehr als 100 Interviews durchgeführt, die dann beim HAEU hinterlegt wurden und online von Wissenschaftlern und der Öffentlichkeit abgerufen werden konnten.

In dieser Zeit hatte ich das Privileg, direkten Kontakt mit dem florentinischen VEM-Vorstandsmitglied Monica Baldi zu haben. Sie ist eine aktive und dynamische Botschafterin des Vereins. Daher gehen mein Dank und meine Glückwünsche an sie, das freundliche und effiziente VEM-Team unter der Koordination von Elisabetta Fonck und an alle aktiven VEM-Mitglieder, die zu unserer gemeinsamen europäischen Mission einen Beitrag geleistet haben und uns dabei auch künftig als Partner unterstützen werden.

Dieter Schlenker

Direktor des Historischen Archivs der Europäischen Union am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz (Italien)

Das Archiv vor dem 70. Jahrestag seines Bestehens

Das Archiv schriftlicher Dokumente ist das historische Gedächtnis des Europäischen Parlaments. Seit der Gründung der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der Einrichtung ihres Generalsekretariats 1952 in Luxemburg werden im Archiv des Europäischen Parlaments die historischen Dokumente der Versammlung aufbewahrt. Damit werden vier Hauptziele verfolgt: die Sammlung sämtlicher Nachweise ihrer früheren Tätigkeiten, die Behandlung und Erfassung der aufbewahrten Dokumente, die Sicherstellung des Zugangs der Bürgerinnen und Bürger zum Archiv und die Nutzung dieses Archiverbes. Eine der grundlegenden Aufgaben des Archivs ist die Bereitstellung der Dokumente innerhalb des Europäischen Parlaments und für dessen Dienststellen sowie seine Öffnung für das Publikum. Seit 1973 befindet sich das Archiv im Schuman-Gebäude in Luxemburg.

Der Archivbestand in seiner Gesamtheit ist von besonderer Bedeutung, da er eine Sammlung von etwa fünf Millionen Dokumenten umfasst. Bereichert wird er zudem durch Bildbestände, zu denen auch eine große Zahl von Plakaten gehört, die sich beispielsweise auf die Wahlen zum Europäischen Parlament, den Sacharow-Preis für die Verteidigung der Menschenrechte oder auf sonstige Veranstaltungen mit Bezug zu den Tätigkeiten des Parlaments beziehen. Das

Referat Archiv bewahrt und fördert das historische Gedächtnis des Europäischen Parlaments, indem es Zugang zum Archiv bietet, Wissenschaftler und Studierende bei ihren Forschungsarbeiten unterstützt und historische Studien zum Europäischen Parlament auf der Grundlage des Archivs und ergänzender Quellen veröffentlicht.

Das Archiv umfasst heute 23 Sammlungen ehemaliger Abgeordneter, von denen zwölf derzeit bearbeitet werden. Diese Sammlungen werden – nachdem sie inventarisiert, wieder zusammengesetzt, beschrieben, digitalisiert und im digitalen Archivverwaltungssystem erfasst wurden – nach Ablauf der gesetzlichen Sperrfrist (Frist von 30 Jahren gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 354/83 des Rates) auf der Website des Archivs präsentiert.

Neben der Rolle, die der Verein der ehemaligen Mitglieder beim Verfahren zum Erwerb von Privatarchiven spielt, standen die Bewahrung und Erschließung eines einzigartigen Erbes zur Geschichte der europäischen Demokratie und zur Geschichte der europäischen Integration stets im Mittelpunkt des Austausches zwischen unseren beiden Einrichtungen. Beispielsweise haben sich einige der Sammlungen ehemaliger Abgeordneter bei den Konferenzen, die 2019 anlässlich des 40. Jahrestags der ersten Wahlen zum Europäischen Parlament in Brüssel und im Europäischen Hochschulinstitut in Florenz stattfanden, als besonders reichhaltig und nützlich erwiesen. In jüngster Zeit haben die Ausstellungen, die das Archiv auf der digitalen Plattform Europeana in enger Zusammenarbeit mit der Direktion Bibliothek und Wissensdienste veröffentlicht hat, mehr als 40 000 Besucher angezogen und wurden über sechs Millionen Mal in den sozialen Netzwerken aufgerufen. Die umfassende Nutzung dieses neuen Kommunikationsmittels, die zum Teil auf die Weiterentwicklung der Archivierungsverfahren im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist, lässt auf künftige Beziehungen hoffen, die eine gemeinsame Erschließung im Dienste der Bürgerinnen und Bürger begünstigen.

Ludovic Delepine

Referatsleiter des Referats Archiv des Europäischen Parlaments

FMA-Vernetzung in Übersee

In den letzten zwanzig Jahren war ich die Verbindungsperson zwischen unserem VEM und ähnlichen Vereinigungen außerhalb Europas. Der Zusammenschluss ehemaliger Abgeordneter in einer Vereinigung ist eigentlich eine angelsächsische Erfindung. Die USA, Kanada, Australien und Neuseeland sind die einzigen Länder, in denen es in den gesamten zwanzig Jahren jeweils eine Vereinigung ehemaliger Abgeordneter gab.

Die größte ist die Vereinigung ehemaliger Mitglieder des US-Kongresses USAFMC (www.usafmc.org). Die meisten ehemaligen Senatoren und Kongressmitglieder treten dieser Vereinigung bei, deren Tätigkeitsfeld unserem gleicht. Insbesondere ihr Programm für die Zusammenarbeit mit Hochschulen ähnelt unserem Programm „EP to Campus“ und trägt dazu bei, den Regierungsbetrieb in Washington zu erklären.

US-amerikanische Politiker können aufgrund umfangreicher Anwesenheits- und Abstimmungspflichten im Kongress meist nicht viel Zeit in ihren Wahlkreisen verbringen. Wie bei den MdEP kommt noch hinzu, dass sie oft tausende Kilometer von ihrer Wählerschaft entfernt sind. Daher spielen ehemalige Mitglieder eine wichtige Rolle, um den Menschen Washington näherzubringen.

Kanada und Australien sind ähnlich große Länder, in denen ehemalige Mitglieder wichtige Bildungsarbeit leisten können und dies auch tun.

Diese zwei Länder sind jedoch fast ausschließlich auf das freiwillige Engagement der ehemaligen Abgeordneten angewiesen; nur die USAFMC und unser VEM verfügen über die Infrastruktur, um solche Maßnahmen zu unterstützen.

Und schließlich haben sich die Beziehungen durch COVID-19 und Zoom-Sitzungen nachhaltig verändert. Wir veranstalten nun regelmäßig Gespräche mit Hochschulen, deren Besuch wir uns schlicht nicht hätten leisten können.

Beispielsweise habe ich den Europatag im Mai virtuell mit der größten Universität in Taiwan begangen, an der es den Studiengang „Europawissenschaften“ gibt.

Im Juni werde ich mich aus dem Vorstand des VEM zurückziehen, um mich ganz auf meine Tätigkeit im Oberhaus des britischen Parlaments zu konzentrieren. Unser Kollege, Miguel Ángel Martínez Martínez, ebenfalls ein Experte für europäische und internationale Angelegenheiten, wird die Zusammenarbeit mit Vereinigungen ehemaliger Mitglieder außerhalb Europas weiterführen.

Lord Richard Balfe

Ehemaliges VEM-Vorstandsmitglied, zuständig für die Beziehungen zu Ehemaligen-Vereinigungen außerhalb Europas

Großbritannien, PES und EVP (1979-2004)

richard.balfe@balfes.com

FP AP-Vernetzung

Miguel Ángel Martínez Martínez übernimmt auch die Nachfolge von Jean-Pierre Audy als Vertreter des VEM in der FP-AP, der europäischen Vereinigung ehemaliger Abgeordneter der Mitgliedstaaten des Europarats (www.fpap-europe.org).

Jean-Pierre Audy betont: Ich hatte die Ehre, den VEM in Zusammenarbeit mit und unter der Leitung von Brigitte Langenhagen, die inzwischen eine der stellvertretenden Vorsitzenden der FP-AP ist, zu vertreten. Wir konnten das ganze Interesse der europäischen Werte, d. h. der Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Solidarität basierend auf den Grundsätzen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Pressefreiheit, verteidigen und vermitteln, sodass stets der Einzelne im Mittelpunkt der Tätigkeiten der Vereinigung steht und ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts entsteht.

Die FP-AP wurde 1994 gegründet und umfasst derzeit 22 nationale Vereinigungen; der VEM ist seit 2008 Mitglied. Karin Junker ist es gelungen, unser Profil in der FP-AP zu stärken. Zwei Dokumente stehen für ein enges Zusammengehörigkeitsgefühl:

Einerseits das Dokument mit dem Titel „Appeal for Democracy and Dialogue“ (Aufruf zu Demokratie und Dialog) (Walter Schwimmer), in dem Verschwörungstheorien, eine noch nie dagewesene Anfechtung der Ergebnisse demokratischer Wahlen, Fake News und das Ausnutzen von Ängsten als eine Bedrohung für unsere Demokratie angeprangert werden und das in Zusammenarbeit mit der USAFMC, der FP-AP (unter dem derzeitigen Vorsitzenden Rune Rydén) und der kanadischen Vereinigung verfasst und einstimmig angenommen wurde.

Und andererseits das zur Abstimmung stehende Dokument mit dem Titel: „Europe facing global powers at a horizon of 10 years“ - „External unity – internal diversity: Protecting and promoting Europe’s way of life.“ (Europa und die Weltmächte in den nächsten 10 Jahren - Externe Einheit – interne Vielfalt: Schutz und Förderung der europäischen Lebensweise) (Roland A. Kohn). Dem vorausgegangen waren mehrere Studien zur Frage nach der Zukunft Europas, die dringender denn je beantwortet werden muss.

Solidarität, Souveränität und Stabilität sowie Verantwortung und Bildung gehören ebenfalls zu den Grundsätzen des VEM. Wir müssen uns unermüdlich für Demokratie einsetzen, denn zur Demokratie gibt es keine Alternative!

Brigitte Langenhagen

VEM-Vorstandsmitglied, Delegierter im Präsidium der Europäischen Vereinigung der Ehemaligen

Deutschland, EVP-ED

brigitte-langenhagen-cux@t-online.de

Wahlbeobachtung und Demokratie

Die Sehnsucht der Menschen auf der Welt ist ihre politische Mitwirkung. Demokratie ist ein elementarer Baustein dafür.

Gesellschaftliches Miteinander, Freiheit, Gleichheit und Menschenwürde versinnbildlichen unsere Demokratie. Doch die Demokratie ist wie so vieles [wir alle] dem stetigen Wandel der Zeit unterworfen. Ein Hang zu Autokraten und Demagogen, autoritären Kräften, die geschickt soziale Medien u.a. nutzen und missbrauchen, ist aktuell sehr deutlich erkennbar.

Eine Bedrohung extern und intern ist latent vorhanden. Extremismus, Terrorismus, Nationalismus begegnen wir Ehemalige als wissende Zeitzeugen mit Courage und unermüdlichem Einsatz. Unser Ziel: Kenntniserweiterung über das Weltgeschehen und die Gründe dafür, zu erkennen und anzusprechen. Und mögliche Lösungswege aufzuzeigen. Und dies zusammen mit dem Europaparlament.

Unsere ständigen Begleiter bei diesen doch sehr komplexen Themen sind das neue „Haus der europäischen Geschichte“ in Brüssel und der „European Parliamentary Research Service (EPRS)“ im Parlament.

Zudem wappnen die „Jean Monet Activities“, die OSCE Election Observation Mission, the „World Movement for Democracy“ und der eigene „Democracy Building“-Ausschuss unter meiner Leitung gegen politische Kräfte, die die Demokratie verändern möchten – und das nicht unbedingt positiv. Meist sehr laut, Manchmal kaum merklich.

Elisabetta Fonck, unsere bewährte Generalsekretärin, weist zurecht auf aktuelle Veränderungen hin zB durch den Brexit der Engländer oder den Austritt der Orban-Parlamentarier aus der EVP: „The authoritarian or egoistic tendencies are there and continue to grow. ... and a lot of this is connected to financial resources of States (economic welfare) and fair redistribution of resources to avoid inequalities.“ Sie schließt: „What is left to do for the international organisations including the FMA striving for democracy in this global economic situation? “

Eines hängt mit dem anderen zusammen! Die FMA bietet sich seit 20 Jahren aufgrund ihrer Erfahrung als Partner im Demokratie-Dialog-Forum an.

Brigitte Langenhagen

VEM-Vorstandsmitglied, Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Demokratieförderung und Wahlbeobachtung

Deutschland, EVP-ED

brigitte-langenhagen-cux@t-online.de

Die aktuellen Herausforderungen der Demokratie

Ich bin stolz darauf, der Urheber des weltweit größten Programms zur Förderung der Demokratie und der Menschenrechte, des Europäischen Instruments für Demokratie und Menschenrechte (EIDHR), zu sein, das das Europäische Parlament 1993 nach dem Fall der Berliner Mauer eingerichtet hat und das derzeit über einen Siebenjahreshaushalt (2021–2027) von rund 1,3 Mrd. GBP verfügt. Es ist nach wie vor das einzige externe EU-Programm, das ohne die Zustimmung des Gastlandes zum Einsatz kommen kann – und dies von China bis Kuba und in anderen „schwierigen Gebieten“ auch tut.

Niemand kann so tun, als ob die gegenwärtige internationale Lage stabil wäre. In der Tat ist in einigen Gegenden eindeutig eine Verschärfung der Spannungen zu beobachten. Seit der Amtseinführung von Präsident Biden im Jahr 2021 sind die Vereinigten Staaten – mit ihrer weltweiten wirtschaftlichen, politischen und militärischen Wirkungsmacht – nach der verheerenden Ära Trump wieder zu einem Pol der Stabilität geworden und zu einem alles in allem sanften Internationalismus zurückgekehrt.

Die EU – mit ihrer Soft Power einerseits und ihrem enormen wirtschaftlichen Gewicht andererseits, die gemeinsam mit der NATO im Bereich Sicherheit zunehmend an Bedeutung gewinnt – bildet den anderen Pol der Stabilität. Sowohl für die Vereinigten Staaten als auch für die EU bilden demokratische Prozesse die Grundfeste ihres Wertesystems. Beide unternehmen diplomatische, politische und personelle Anstrengungen, um die Demokratie und die dazugehörigen Werte, die Menschenrechte, zu fördern.

Die diplomatischen Stellen der EU haben ihre außenpolitische Haltung in jüngster Zeit einer Prüfung unterzogen. Dies geschah unter anderem vor dem Hintergrund wachsender Spannungen mit China, das im März sein erstes Abkommen im Nahen und Mittleren Osten, ein strategisches Abkommen über die Zusammenarbeit mit dem Iran, unterzeichnet hat, und des aggressiven Vorgehens Pekings in seiner Nachbarschaft sowie seines erschreckenden Umgangs mit seinen religiösen und ethnischen Gruppen. Putins Russland – und dessen Satellit Belarus – stellen nach wie vor die größte strategische Herausforderung für die EU dar, die von der EU und der NATO mit fester Entschlossenheit angegangen wird.

Edward McMillan-Scott

VEM-Vorstandsmitglied, Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Demokratieförderung und Wahlbeobachtung

edward@emcmillanscott.com

Frauen im Europäischen Parlament

Ich wurde 1979 in das Europäische Parlament gewählt. In diesem Jahr wurden die Abgeordneten des Europäischen Parlaments erstmals direkt gewählt. Das war ein bedeutender Moment für Europa. Die Wahlbeteiligung war mit 63 % so hoch wie später nie wieder. Und als erste Amtshandlung wählte das neue Parlament eine Frau, Simone Veil, zu seiner ersten Präsidentin, eine pro-europäische Feministin, die die Verfolgung und Deportation durch die Nationalsozialisten überlebt hatte.

Ich ahnte, dass diese „neue“ Institution durch die Präsenz der Frauen geprägt werden und vor allem für die europäischen Frauen eine wichtige Rolle spielen könnte. Wenn wir gute Arbeit leisten würden, könnte Europa auf die nationalen Politiken einwirken und auch die Situation der Frauen in der Welt beeinflussen.

Die Emanzipation der Frauen war für mich zeitlebens bei allen meinen politischen und gemeinnützigen Aktivitäten ein grundlegendes Anliegen.

Ich war mir darüber bewusst, dass das Leben der Frauen in Italien nach wie vor sehr schwierig und mühsam war. Diese Erfahrung hatte ich selbst in diesem Land gemacht, in dem die Frauen erst 1946 das Wahlrecht erlangten.

Ich erkannte bald, dass Frauen sowohl in den Institutionen als auch im gesellschaftlichen Leben in den einzelnen Ländern auf viele Schwierigkeiten stießen, was ihre Entfaltung und ihre Aktivität im öffentlichen Leben anging. Im europäischen Ranking nahm Italien einen der letzten Plätze ein. Allerdings war die Situation in den anderen Ländern und in den Gemeinschaftsorganen nicht viel besser. Ich erinnere mich noch gut an die Dolmetscherin, die mich eines Tages, als ich über dieses Thema sprach, über den Kopfhörer ansprach. „Wie Recht Sie haben“, sagte sie, „wenn Sie wüssten, wie wir behandelt werden“. Und dann erzählte sie mir, wie schwierig die Bedingungen auch für die Frauen waren, die in den Gemeinschaftsorganen arbeiteten, dass sie schlecht bezahlt würden und große Mühen auf sich nehmen mussten, um ihre Familienleben mit den unmöglichen Arbeitszeiten in Einklang zu bringen.

Ich gehörte der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden an. Und ich konnte mich in den zehn Jahren meiner Parlamentszugehörigkeit eben für die Themen der Situation und der Freiheit der Frauen engagieren.

In Brüssel und Straßburg fand ich diesbezüglich eine neue Situation vor, die sich von der Situation in Italien unterschied. Bei der Kommission gab es bereits ein eigenes Referat, das sich mit den Problemen der Frauen befasste. So etwas gab es damals, soweit ich weiß, sonst nirgendwo, auch nicht auf Ebene der nationalen Regierungen. Es wurde von einer effizienten,

dynamischen und kompetenten Beamtin, Fausta Deshormes La Valle, geleitet (der Schwester von Raniero La Valle, die mit einem Beamten der Kommission verheiratet war). Dies bedeutete, dass man rechtliche und administrative Sachkenntnisse nutzen konnte, dass die äußerst umfangreichen Frauenorganisationen einen Treffpunkt hatten, wo sie Gehör fanden, und dass man Daten und Dokumentation finden konnte. Das Referat gab auch eine Zeitschrift heraus: „Frauen Europas“. Es war für die neu gewählten Parlamentarierinnen eine unverzichtbare und wertvolle Anlaufstelle.

Auf Initiative einer Gruppe von Parlamentarierinnen der Fraktion wurde die Einsetzung eines Ad-hoc-Ausschusses zur Situation der Frau vorgeschlagen, auf den ein Untersuchungsausschuss zur Situation der Frau in Europa folgte, dessen Vorsitzende und Hauptberichterstatteerin ich war.

Der Europäische Rat hatte schon 1975 und 1978 zwei wichtige Richtlinien angenommen, eine über das Recht der Frauen auf gleiches Entgelt und eine über die Gleichbehandlung im Bereich der Vor- und Fürsorge. In den Richtlinien war bereits die Rede von einer graduellen Anwendung und einer graduellen Angleichung der nationalen Rechtsvorschriften, und es hatte nicht den Anschein, als würden sie die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft umsetzen.

Die Ausschüsse waren ein Instrument, mit dem dieser Sache nachgegangen und zugleich Druck auf die öffentliche Meinung und die nationalen Parlamente im Hinblick auf die die Geschlechtergleichstellung betreffenden Themen ausgeübt werden konnte. Eben im Anschluss an diese Arbeit und den vom Plenum im Januar 1984 angenommenen Abschlussbericht hat das Europäische Parlament dann, wiederum als einziges Parlament in Europa, einen ständigen Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter eingesetzt.

Es war eine anstrengende und spannende Arbeit. Dem Ausschuss gehörten Frauen aus verschiedenen Ländern und unterschiedlicher politischer Ausrichtung an. Doch arbeiteten wir alle zusammen und teilten die Themenbereiche und Untersuchungsgegenstände untereinander auf. Es waren 99 Punkte.

Der Themenkatalog umfasste unter anderem den Stand der Anwendung der Richtlinien über gleiches Entgelt, die Umsetzung einer Richtlinie über soziale Sicherheit, die Neuordnung der Arbeitszeit, die Berufsausbildung für Frauen, die Auswirkungen der Einführung neuer Technologien auf die Beschäftigung von Frauen, Frauen und Gesundheit, Zuwanderinnen und Ehefrauen von Zuwanderern, die Situation der Frauen in der Landwirtschaft, im Handel und im Handwerk, die Situation der Frauen in der dritten Welt und die Gemeinschaftsbeihilfe, die Informationspolitik für Frauen in Bezug auf Probleme der Mutterschaft, beim Elternurlaub und bei den Infrastrukturen für die Betreuung von Kleinkindern, die Probleme der Frauen im

Zusammenhang mit der steuerlichen Behandlung, die Probleme der Frauen in den benachteiligten Regionen, die Bildung der Mädchen und die Stellung der Frauen in den Entscheidungsgremien.

Auch dieser Arbeit und dieser Chance ist es zu verdanken, dass ich als Vertreterin Europas an den großen Weltkonferenzen in Nairobi und Peking teilnehmen konnte.

Ich hoffe, dass dieses Engagement weiterhin Früchte trägt und den vielen Frauen eine Hilfe sein kann, denen noch immer ihre Rechte verwehrt und deren Fähigkeiten nach wie vor in Frage gestellt werden.

Aus eben diesem Grund danke ich dem Verband, der seit Jahrzehnten die Erinnerung an unsere Arbeit lebendig hält und so nicht nur die parlamentarische Institution, sondern auch unser Leben zur Geltung bringt.

Maria Luisa Rodano

Italien, COM (1979-1989)

Simone Veil: eine freie und aufgeschlossene Frau

Simone Veil habe ich kennengelernt, als ich zum Europäischen Parlament kam, und ich erinnere mich noch an dieses erste Zusammentreffen im Jahr 1979, als ich zusammen mit den anderen in allgemeinen Wahlen gewählten Mitgliedern zum ersten Mal den Plenarsaal betrat. Wir waren die Pioniere eines damals zum ersten Mal unternommenen historischen Versuchs. Nun, da so viele Jahre seit diesem Juli im Jahr 1979 vergangen sind, bin ich mir noch stärker bewusst, wie glücklich ich mich schätzen kann, dass es damals zu dieser Begegnung gekommen ist. Von Anfang an war ich davon überwältigt, welche großen Veränderungen noch vonnöten waren, bevor wir wirklich das Europa bekommen würden, wie es im Manifest von Ventotene entworfen wurde. Am wichtigsten Ort des Organs, das zwar mit den wenigsten Befugnissen ausgestattet war, aber dennoch von Anfang an das symbolträchtigste von allen ist, traf ich auf eine Frau vom Schlage einer Simone Veil, was von entscheidender Bedeutung dafür war, dass ich genügend Mut aufbringen konnte, den Kampf für diese notwendigen Veränderungen aufzunehmen.

Ich war eine Kommunistin, noch dazu eine Abwechlerin in den eigenen Reihen, und sie war eine Liberale, also nicht gerade günstige Voraussetzungen, aber ich war mir sogleich sicher, dass wir uns verstehen würden. Und tatsächlich wurde schon in den ersten Tagen deutlich, dass sie verstand, was wir „Außenseiter“ wollten, als sie die erste (natürlich außerhalb des Parlaments durchgeführte) Demonstration unterstützte, die sich gegen eine Bestimmung der Geschäftsordnung wandte, wonach die Bildung einer Fraktion mit weniger als 20 Mitgliedern

(wenn ich mich richtig erinnere) nicht gestattet war. Die Welt hatte sich nämlich seit der Einführung dieser Regel verändert; das Jahr 1968 wirkte damals immer noch nach und hatte nun zwangsläufig auch althergebrachte Strukturen erfasst, die viele von uns nicht mehr für zeitgemäß hielten. Wir gingen in Straßburg auf die Straße und forderten, eine kleine bunte Gruppe in all ihrer ganzen Heterogenität bilden zu dürfen. Mit von der Partie waren Antoinette Spaak, die Tochter des ehemaligen Premierministers Paul-Henri Spaak, die bei den belgischen Sozialisten nicht mehr erwünscht war, ein Ire, der der IRA mehr zugetan war als seine irischen Amtskollegen, ein Verfechter der flämischen Autonomie, und wir Italiener – Radikale und Parteigänger von Manifesto-PdUP –, stolz darauf, mit dem Schriftsteller Leonardo Sciascia den jüngsten Abgeordneten in unseren Reihen zu haben. Entgegen unseren eigenen Erwartungen hat uns Simone Veil zugehört und Recht gegeben. Sie hatte verstanden, dass auch Parteien Gefahr liefen, zu verkalken, denn der erste Präsident des Europäischen Parlaments war nicht nur „liberal“, sondern zudem eine unabhängige und offene Frau.

Davon konnte ich mich im Laufe der folgenden Jahre immer wieder überzeugen, auch in ihrer Amtszeit als französische Ministerin, als wir bei nicht wenigen Themen dieselbe Meinung vertraten. Beim Thema Abtreibung war dies bereits Jahre zuvor der Fall gewesen, und später auch bei durchaus wichtigen Aspekten von Ereignissen in Japan und Algerien, der weltweiten Kampagne gegen den Hunger und auch bei anderen Themen.

Ich verstand noch besser, wer meine erste Präsidentin war (nicht nur während ihrer Laufbahn in den Institutionen, sondern in ihrem ganzen Leben) als 2007 ihre Autobiografie „Une vie“ (deutscher Titel: „Und dennoch leben“) erschienen ist. Warum legt das Europäische Parlament dieses Buch nicht jedes Mal neu auf und verteilt es zusammen mit dem MdEP-Ausweis an alle neugewählten Abgeordneten? Es wäre eine ebenso wertvolle Inspiration für sie, wie das Zusammentreffen mit Simone Veil im Jahr 1979 für mich gewesen war. Im Jahr 2023 wird so etwas wohl notwendiger denn je sein.

Abschließend möchte ich bemerken, dass man sich davor hüten sollte, Simone Veil als eine sanfte und auf einen Kompromiss bedachte Person zu betrachten, wie dies so oft reflexartig geschieht, wenn es sich um eine Frau handelt. Wir nannten sie vielmehr die „eiserne Faust in einem Samthandschuh“, um gleich deutlich zu machen, dass man es beileibe nicht mit einer duldsamen und nachgiebigen Vertreterin des weiblichen Geschlechts zu tun hatte. Schließlich hatten ihre dramatischen Lebenserfahrungen als junger Mensch eine Kämpferin aus ihr gemacht.

Luciana Castellina

Italien, GUE/NGL (1979-1999)

lcastellina@gmail.com

Nicole Fontaine: eine bewusst pro-europäische

Nicole Fontaine war von 1999 bis 2002 Präsidentin des Europäischen Parlaments, eine von Rechtswissenschaftlern geschulte und verfeinerte strategische, maßgebliche und bewusste europäische Politik, die für die Klarheit und den eleganten Stil der Sprache bekannt ist, die die Institutionen professionell und besonders erfolgreich vertrat.

Ich bin 1994 in der Delegation des Europäischen Parlaments im Vermittlungsausschuss Nicole getroffen und möchte mich daran erinnern, dass wir als von unseren Fraktionen ernannte Mitglieder trotz der gegensätzlichen Standpunkte der zwölf Mitgliedstaaten, die damals Mitglieder des Rates waren, eine heikle und komplexe Kompromissituation erfolgreich bewältigen können.

Es war besonders lohnend, mit Ihnen zusammenzuarbeiten, dass sie ein persönliches menschliches Herangehen, Empathie und Hörvermögen hatte und sich darum bemühte, auf einer soliden Grundlage Beziehungen und Beziehungen aufzubauen, die stets den Zielen eines echten und gemeinsamen europäischen Projekts gerecht werden.

Wir waren sowohl im Ausschuss für die Rechte der Frau als auch im Ausschuss für Kultur, Jugend und Bildung sehr aktiv, wo Sie mit besonderen Kompetenzen wichtige Rechtsvorschriften, darunter die Programme SOKRATES und JUGEND FÜR EUROPA, fertiggestellt haben.

Seit fünf Wahlperioden in der Fraktion der Europäischen Volkspartei engagiert sich das Große Mitglied des Europäischen Parlaments entschlossen und professionell für die Verwirklichung des europäischen Aufbauwerks auf der Grundlage von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit.

Ihr anhaltendes und entschlossenes Engagement für ein Europa der Bürger, das an Projekten im Bereich der Jugendbildung und der gegenseitigen Anerkennung akademischer Qualifikationen sowie der Rechte der Frau und der Gleichstellung der Geschlechter arbeitet. Eine ausgeklügelte und ansteckende Frau des französischen Europaismus hat stets eine Begeisterung junger Menschen, die Gesprächspartner anzogen, auf den Blick gehalten, insbesondere wenn sie über die Ansichten ihrer Universitätsstudenten sprach, mit denen sie einen ständigen Dialog geführt hatte.

Ein mutiger und zukunftsorientierter talentierter Rechtsanwalt als Industrieminister in der zweiten Regierung von Raffarin (2002-2004) war für die Umsetzung des Modernisierungsprozesses im Energiesektor zuständig und unterstützte Industrieunternehmen auf der Grundlage des Schutzes des gewerblichen Eigentums, der

Forschung und der Innovationsförderung. Stärkung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Nachahmungen.

Seine außerordentlichen diplomatischen Fähigkeiten haben sich während seiner Präsidentschaft im Europarlament mehrfach manifestiert. Am 5. April 2001 lud er den Befehlshaber Ahmad Massoud nach Straßburg ein, während die Taliban Chaos und Gewalt in Afghanistan aussaßen. 2000 empfing er gleichzeitig den Präsidenten des Palästinensischen Legislativrats und den Präsidenten der Knesset im Plenum. Im Dezember 2000 unterzeichnete er auf dem Gipfel von Nizza die Charta der Grundrechte der Europäischen Union. Er überwachte die Einführung des Euro und leitete einen Prozess der Reform der Arbeitsmethoden des Europäischen Parlaments ein, um das Parlament den Bürgern näher zu bringen, auch unter dem Motto „In Vielfalt geeint“.

Zweiundzwanzig Jahre sind nun vergangen, seit Nicole Fontaine unmittelbar nach ihrer Wahl sagte: "Hoffen wir, dass wir nicht weitere zwanzig Jahre auf eine Frau als Präsidentin des Europäischen Parlaments warten müssen", und sich damit auf ihre einzige Vorgängerin Simone Veil bezog, die 1979 gewählt wurde. Seitdem sind nur Männer erfolgreich. Wie recht sie doch hatte!

Anlässlich seines zwanzigsten Jahrestags dankte die Vereinigung ehemaliger Parlamentarier allen Frauen, die an der Bewältigung der neuen europäischen Herausforderungen beteiligt waren, und erinnerte an die berühmten Amtskollegen des Europarlaments Simone Veil und Nicole Fontaine und wünscht Maria Lisa Cinciari Rodano herzlich den hundertsten Geburtstag. Es ist zu hoffen, dass sich die Einstellungen zur Rechtsstaatlichkeit und zur Gleichstellung mit ihrem Vorbild weiter entwickeln und Stereotype und Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in der Arbeit und in der Entscheidungsfindung überwinden.

Monica Baldi

Vizepräsidentin des VEM

Italien, EVP-ED (1994-1999)

baldi.monica@email.it

Meine Erfahrungen mit dem Campus-Programm

Nachdem ich mich 2012 aus der aktiven Arbeit in Brüssel zurückzog, hatte ich endlich die Möglichkeit, meine ehrenamtlichen Tätigkeiten zu verstärken. Dazu gehört bis heute das Campus-Programm des Europäischen Parlamentes.

Campus gehört zu jenen Programmen der EU, die für Universitäten und junge Menschen weit über die EU-Länder hinaus von außerordentlicher Bedeutung sind und deren Projekten ich bei

den Campus-Seminaren immer wieder begegnet bin: Die Jean-Monnet-Zentren fördern in 72 Ländern auf allen 5 Kontinenten Forschung und Lehre an Universitäten.

In den „Initial-Training-Networks“ der Marie-Curie-Action im Forschungsrahmenprogramm arbeiten Studenten an Forschungsprojekten zusammen, die sich auf ihren PhD-Abschluss vorbereiten. Das wichtigste Austauschprogramm für junge Menschen in der EU aber ist das Erasmus+-Programm, das Stipendien für bildungs- und berufsbezogene Auslandsaufenthalte vergibt. Nicht zu vergessen die vielen lokalen Europa-Studiengänge, die inzwischen zum festen Bestand der meisten Universitäten gehören. Das Campus-Programm bringt eine eigene Farbe in all die vielfältigen Aktivitäten, die doch eher theoretischen Charakter haben: Mit ehemaligen Parlamentarierinnen und Parlamentariern können nicht nur spezifische europäische Themen diskutiert werden, auch der praktische Prozess von Politik auf europäischer Ebene wird begreiflich, also das, was man von außen nicht sehen kann. Und nicht zuletzt können wir Ehemaligen können unsere persönlichen Erfahrungen mit der europäischen Politik einbringen.

Seit 2013 habe ich an insgesamt sieben Campus-Seminaren teilgenommen. Das erste war 2013 an der University of East London. Das Hauptthema damals war die Finanzkrise der EU. Und am Ende des Seminars fand unter den Studenten eine Abstimmung über ihr Verhältnis zur EU statt: 95% fanden die EU gut. 2014 wurde ich an die Universität Babes-Bolyai nach Cluj-Napoca in Rumänien eingeladen. Hier wird das multikulturelle Erbe der Region gepflegt und in Rumänisch, Ungarisch und Deutsch unterrichtet. Außerdem gibt es Förderprogramme für Angehörige der Minderheit der Rom. Das Thema war diesmal das Verhältnis zwischen EU, Ukraine und Moldawien und in einer wunderbar kreativen Simulation wurde mit Schülerinnen und Schülern die Struktur und Arbeit des Parlamentes geprobt. 2015 folgte ein Seminar an der Montfort-University in Leicester. Hier stand das Thema der Zukunft der EU auf der Tagesordnung, in einer großen öffentlichen Veranstaltung wurde zudem die Frage des Verbleibs des UK in der EU diskutiert – damals sah noch gar nicht so schlecht aus. 2016 wurde ich an die Universität Blaise-Pascal nach Clermont in Frankreich eingeladen. Das Thema war « European Union and Sustainable development: Challenges and Prospects ». Hochrangige Expertinnen und Experten diskutierten zusammen mit Studenten eines ITN-Netzwerks den Stand der Entwicklung der Wissenschaften von der Umwelt. 2018 dann war ich an der Taras Shevchenko National Academy of Education Sciences of Ukraine in Kyiv zu einer internationalen Konferenz über die Zukunft der europäischen Integration. Da ich als Wahlbeobachterin viele Male in der Ukraine war, fand ich es hoch interessant, das Land einmal in einem anderen Kontext kennenzulernen. Mein spezielles Thema in der Diskussion mit Studenten waren die Demokratie und die Bedeutung der Grundwerte in der EU – und es mag nicht erstaunen, dass hier eine äußerst lebhaft Diskussion stattfand. 2019 lud mich die Alexandru-Ioan-Cuza-Universität in Iași in Rumänien ein. Dies ist nicht nur die östlichste Universität in der EU, sondern auch die älteste in Rumänien. Die Studentinnen und Studenten des Europa-Studiengangs hatten ausgezeichnete Kenntnisse in der EU-Finanzpolitik und es

war ein Vergnügen, mit ihnen zu diskutieren. Mein bisher letzte Campus-Erfahrung ist eine kurze virtuelle Lektüre zur Europäischen Jugendpolitik organisiert vom European Union Center of Excellence of the University of Colorado Bolder in den USA. Und es wird weitergehen ...

Birgit Daiber

Deutschland, V (1984-1994)

bir.dai@hotmail.com

EP zum Campus-Programm: Ein unschätzbare Programm

Im Rahmen des Programms „EP to Campus“ war ich bislang zehn Mal als Gastdozent tätig und habe zudem an zwei Online-Vorträgen teilgenommen – und jeder dieser Einsätze hat mir auf seine ganz eigene Art Freude gemacht.

Bei meiner ersten Gastdozentur an der Universität Coventry in England wurde ein Willkommenstreffen organisiert. Nach ein paar Tagen, die ich für Besichtigungen und zum Austausch mit den Studierenden genutzt habe, nahm ich an einer Podiumsdiskussion teil, um über die Rolle Großbritanniens in der EU zu sprechen. Den Vorsitz der Podiumsdiskussion hatte Lord Plumb inne, der nach seinem Ausscheiden aus dem Europäischen Parlament, wo er ein ausgezeichneter, fairer und energischer Präsident gewesen war, Kanzler der Universität Coventry geworden war.

Die Studierenden und Mitarbeiter an den Universitäten haben sich stets über die Möglichkeit zum Meinungsaustausch im Rahmen von Fragerunden gefreut, da dies für sie eine Gelegenheit war, ihre akademische Sichtweise und Wahrnehmung mit den Alltagserfahrungen politischer Akteure abzugleichen.

Verständlicherweise hat sich das europäische Publikum in den letzten Jahren immer besonders für den Brexit interessiert. Meine subjektive Sicht der Dinge, nämlich, dass der Brexit ein Rückschritt für mein Land ist, war immer klar, doch anstatt mich dazu verleiten zu lassen, meine Ansicht in entsprechenden Reden zum Ausdruck zu bringen, hat es sich auf intellektueller Ebene ausgezahlt, den breiteren Kontext und die Auswirkungen des Brexits möglichst objektiv zu erläutern. Dies führte dazu, dass mich die Manipal University Press der Universität Manipal, die ich im Rahmen einer VEM-Gastdozentur an der Universität Mangaluru (Indien) besuchte, darum bat, meine Vorlesungen in Buchform zu veröffentlichen. Das Buch wird im Laufe des Jahres unter dem Titel „The Semi-Detached European“ erscheinen. Ich würde gerne ein paar Aufenthalte und das mir dabei vermittelte Wissen und Verständnis vom Gang der Geschichte Europas hervorheben.

Die Liste der Kanzler der Babeş-Bolyai-Universität Cluj (Rumänien) zeugt von den zahlreichen Umbrüchen in Mitteleuropa: Zunächst waren die Namen österreichisch/deutsch, dann ungarisch und dann rumänisch. Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass junge Mitarbeiter dort nun in Anerkenntnis ihres multikulturellen Hintergrunds, der in der Vergangenheit häufig unterdrückt wurde, heute aber in einem neuen Mitteleuropa wieder aufblüht, Master-Kurse in internationaler Politik, in Rumänisch, Ungarisch, Deutsch und modernem Hebräisch geben. Wie an vielen anderen europäischen Universitäten erfolgt der Unterricht in englischer Sprache, die trotz des Brexit wohl weiterhin die Lingua franca des Wissenschaftsbetriebs bleiben wird.

Auch mein Besuch an der Wirtschaftshochschule in Perm (Russland) war sehr interessant. Mehr als jedes andere mir bekannte Land ist Russland gerade dabei, seine Vergangenheit neu zu bewerten. Die dortige Fakultät für internationale Beziehungen war fasziniert davon, dass sich im Westen konservative Parteien gehalten haben, deren Erfolg darauf beruht, dass sie für den Kapitalismus eintreten. Die Mitarbeiter sind zu Sowjetzeiten zur Schule gegangen, als der unvermeidbare Zusammenbruch des kapitalistischen Systems keine politische Meinung, sondern eine objektive Tatsache war. Heute haben sie die akademische Freiheit, zu ergründen, wie sich dieses seltsame Phänomen nicht nur halten konnte, sondern es auch schafft, demokratische Wahlen zu gewinnen.

Was meine persönlichen Verbindungen angeht, freue ich mich, dass sich aus zwei meiner Besuche dauerhafte Freundschaften und eine enge Zusammenarbeit entwickelt haben. Sowohl das Euroculture-Zentrum der Universität Göttingen als auch die Technische Universität Tallinn haben mich nochmals zu privaten Besuchen und Zoom-Meetings eingeladen.

Durch das Programm „EP to Campus“ hatten ich und andere die Möglichkeit, unsere Erfahrungen in verdichteter Form weiterzugeben. Möge das Programm noch lange bestehen bleiben. Ich möchte anderen Mitgliedern des VEM ans Herz legen, ebenfalls an dem Programm teilzunehmen.

Michael Hindley

Großbritannien, PES (1984-1999)

mhindley1947@gmail.com

Zur Feier von 20 Jahren Zusammenarbeit

2018 wurde das EU Center in Illinois 20 Jahre alt. Unser Zentrum kann den gemeinsamen Ursprung in einer Zeit in der Geschichte der europäischen Zusammenarbeit und transatlantischen Beziehungen, die nach neuen Ressourcen zur Förderung des Wissens über die Organe und Prozesse der europäischen Integration bei Wissenschaftlern und Studierenden, Verantwortlichen der Politik und in der allgemeinen Öffentlichkeit verlangte, unmöglich verleugnen.

Im Oktober 2015 durften wir mit Michael McGowen erstmals ein ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments begrüßen. Herr McGowen nahm im Rahmen der jährlichen Konferenz zu EU-Studien in Illinois an einer Diskussionsrunde am runden Tisch zum Thema „Die Grenzen der EU austesten: Griechenland, die Wirtschaft und die Flüchtlingskrise“ teil. Darüber hinaus stattete er Vorlesungen auf unserem Campus sowie an der Illinois State University und der Illinois Wesleyan University einen Besuch ab. Im Oktober 2018 durften wir dann Robert Evans, ehemaliges MdEP, willkommen heißen. Herr Evans besuchte während seines Aufenthalts Vorlesungen auf unserem Campus, nahm an einem Gespräch am runden Tisch zum Thema „Wahlen und die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der EU: ein Vergleich der Wahlen zum amerikanischen Kongress und zum Europäischen Parlament und ihre Bedeutung für die transatlantischen Beziehungen“ teil und hielt den Eröffnungsvortrag der Konferenz für EU-Studien zum Thema „Der Brexit und seine Auswirkungen auf den Rest der EU“. Darüber hinaus konnten wir für Herrn Evans einen Gastauftritt in einer Sendung unseres lokalen Ablegers des National Public Radio organisieren, die von Niala Boodhoo moderiert wurde, der leitenden Produzentin von Illinois Public Media.

Diese Jahre legten den Grundstein für eine fruchtbare Zusammenarbeit, dank der Studierende sowie Mitglieder der Fakultät und der Öffentlichkeit, die sich für die Arbeit unseres Zentrums interessieren, mehr über das Europäische Parlament und die EU als Ganzes lernen. Heute, ein Jahr nach dem Ausbruch der COVID-19-Pandemie, können wir Bilanz ziehen, wie der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments unserem Zentrum geholfen hat, mit den durch die Fernarbeit entstandenen neuen Gegebenheiten zu experimentieren. Im Juni 2020 wandten wir uns mit dem Vorschlag an die Mitarbeitenden des Vereins, im Studienjahr 2020/2021 die Anzahl der ehemaligen MdEP, die an Veranstaltungen unseres Zentrums teilnehmen, zu erhöhen. Wir wollten nicht nur die Anzahl der ehemaligen MdEP steigern, sondern auch neue Veranstaltungsarten ausprobieren, die nun möglich sind, da Teilnehmer nicht erst den Atlantik überqueren müssen (außerdem können wir so die Frage des CO₂-Fußabdrucks in unserer Zusammenarbeit berücksichtigen und einen kleinen Beitrag zur Umsetzung des europäischen Grünen Deals leisten). Die Mitarbeitenden des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments haben uns wunderbar unterstützt und uns geholfen, unsere Vorschläge rasch voranzutreiben, wobei sie auch die unterschiedlichen Arbeitszeiten im Verlauf des Jahres berücksichtigten.

Dank dieses Austauschs konnten wir im Herbst 2020 zwei Veranstaltungen zum Thema „Die neue Geschwindigkeit der Politik“ organisieren. Zunächst begrüßten wir Dr. Maria Gabriela Zoana, ehemaliges MdEP aus Rumänien, zu einer Diskussionsrunde mit einer europäischen Philosophin und für Diversität und Inklusion zuständigen Mitarbeiterin einer Hochschulverwaltung zur Frage „Geht es mit der Gleichstellung der Geschlechter schneller oder langsamer voran?“ Darauf folgte im November ein Gespräch zum Thema „Technologie und Nachhaltigkeit in der EU“, wo Hans-Olaf Henkel und Benedek Jávor, ehemalige MdEP Deutschland bzw. Ungarn, unterschiedliche Standpunkte vertraten. Wir waren Herrn Henkel und Herrn Jávor sehr dankbar, dass sie nach dieser zweiten Veranstaltung bereit waren, sich mit einer Reihe von Studierenden auf einen „virtuellen Kaffee“ zu treffen, sodass wir auch Zeit für Fragen hatten, die entweder während der Diskussion nicht gestellt werden konnten oder sich eher auf andere Themen bezogen, wie zum Beispiel eine Karriere in der Politik oder im öffentlichen Dienst.

Wir freuen uns, auch dieses Frühjahr wieder fünf ehemalige MdEP zu einer Reihe von Seminaren begrüßen zu dürfen, die sowohl zu einem Studiengangmodul als auch einer öffentlichen Veranstaltungsreihe gehören. Die öffentliche Veranstaltungsreihe zum Thema „Fallstudien zur Arbeit des Europäischen Parlaments und seiner Mitglieder“ passt gut zum Modul über „Die tägliche Arbeit des Europäischen Parlaments und seiner Mitglieder“. Das Modul baut auf der Tradition auf, Studierenden Zugang zum Europäischen Parlament und ehemaligen MdEP zu gewähren, woraus einige interessante Forschungsprojekte von Anthropologen sowie der 2019 bei Palgrave MacMillan erschienene Band *Shaping Parliamentary Democracy: Collected Memories from the European Parliament* (Die parlamentarische Demokratie gestalten: gesammelte Erinnerungen des Europäischen Parlaments) hervorgegangen sind.

Die Mitarbeitenden des European Union Center der University of Illinois senden dem Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments die besten Glückwünsche zum 20-jährigen Bestehen. Wir sind stolz auf das gemeinsam Erreichte und freuen uns auf die neuen Ideen, Lösungen und Möglichkeiten zur Zusammenarbeit an den Problemen des nächsten Jahrzehnts und darüber hinaus, die aus dieser Arbeit hervorgehen werden.

Jonathan Larson, Ph.D.

Stellvertretender Direktor des European Union Center der University of Illinois, USA